

Beate Kellermann

**Das Kosovo zwischen Standard und Status –
vom bewaffneten Konflikt in die unsichere Demokratie**

Beate Kellermann

DAS KOSOVO
ZWISCHEN STANDARD UND STATUS –

vom bewaffneten Konflikt in die unsichere Demokratie

ibidem-Verlag
Stuttgart

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

∞

Gedruckt auf alterungsbeständigem, säurefreiem Papier
Printed on acid-free paper

ISBN-10: 3-89821-736-1

ISBN-13: 978-3-89821-736-1

© *ibidem*-Verlag
Stuttgart 2006
Alle Rechte vorbehalten

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und elektronische Speicherformen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany

Vorwort

Während der Fertigstellung der Dissertation „Das Kosovo zwischen Standard und Status – vom bewaffneten Konflikt in die unsichere Demokratie“ an der Ludwig-Maximilians-Universität München wurde ich immer wieder vom aktuellen Geschehen eingeholt. Montenegro ist inzwischen unabhängig, die beiden Schlüsselfiguren Ibrahim Rugova und Slobodan Milošević sind gestorben, wichtige politische Ämter mit neuen Gesichtern besetzt worden. Das Kosovo befindet sich in einem ständigen Umbruch.

Das Buch bemüht sich, auch den neuesten Entwicklungen Rechnung zu tragen. So fließen punktuell die Ereignisse nach Ende des Untersuchungszeitrahmens Juni 2005 bis zur Aufnahme der Status-Verhandlungen im März 2006 ein. Um den logischen Aufbau nicht zu stören, wird über Personen, die jetzt nicht mehr ihr Amt ausüben, aber zu dem Zeitpunkt des Schreibens in ihrem Amt tätig waren, in der Gegenwart berichtet. Das gilt auch für die damals noch existente Union Serbien und Montenegro.

Im vorliegenden Buch werden die serbischen Ortsnamen im Kosovo verwendet. Dies ist keine persönliche Wertung, sondern trägt der Tatsache Rechnung, dass zum Ende des festgelegten Untersuchungsrahmens das Kosovo nach wie vor serbische Provinz war.

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei meiner Familie, meinen Freunden und Kollegen für die ausdauernde und tatkräftige Unterstützung bedanken. Ohne Euch hätte ich es nicht geschafft.

Inhalt

1.) Einleitung	S. 11
2.) Das Kosovo bis zur NATO-Intervention – Mythen, Krisen und Konflikte	S. 40
3.) Das Kosovo im Wandel – Akteure, Hintergründe und Entscheidungsabläufe	S. 106
3.1.) Externe Akteure Kolonial- oder Schutzmacht – die schwierige Gratwanderung von UNMIK	
3.2.) Regionale Akteure	S. 152
3.2.1) Belgrad zwischen Nationalismus und Annäherung an die EU	
3.2.2) Kosovarische Politik zwischen Kooperation und Verweigerung	S. 208
4.) Quo vadis Kosovo?	S. 264
5.) Literaturverzeichnis	S. 289

**„The task before the international community is
to help the people in Kosovo to rebuild their lives and heal the wounds of conflict.“**

UN Secretary-General Kofi Annan

1.) Einleitung

Im Februar 2006 begannen in Wien die Verhandlungen über den Status des Kosovo. Mit der Eröffnung dieses schwierigen und langwierigen Prozesses gelang es erstmals seit den schweren Unruhen im Kosovo im März 2004, die beiden verfeindeten regionalen Hauptakteure Serben und Kosovo-Albaner unter internationaler Führung an den Verhandlungstisch zu bekommen. Allein diese Tatsache ist ein großer Fortschritt und muss als Erfolg der United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK) in die richtige Richtung gewertet werden.

Der Weg bis dahin war weit und von vielen Rückschritten gekennzeichnet. Der größte war die nach UN-Angaben gewaltsamste Eskalation zwischen Kosovo-Serben und Kosovo-Albanern seit dem Ende des NATO-Luftangriffes auf die Bundesrepublik Jugoslawien 1999¹ im Frühjahr 2004: Im Kosovo brannten erneut Häuser und Kirchen, mehr als 900 Menschen wurden verletzt und 19 Menschen getötet. Erneut befanden sich Tausende auf der Flucht.²

Diese ethnischen Übergriffe machten deutlich, wie instabil das von der UNO „angeordnete“ und durch die Präsenz der KFOR-Truppen beschützte künstliche Gebilde der „substanziellen Autonomie“ im Kosovo ist. Sie zeigten, dass das Kosovo nach wie vor ein Krisenherd am Balkan bleibt und es der internationalen Verwaltung nicht gelungen ist, seinen Bewohnern auf Dauer Frieden und das Recht auf Leben, Sicherheit und Selbstbestimmung zu geben. Auch von der viel beschworenen Multi-Ethnizität ist man weit entfernt.

Die gewalttätige Eskalation war einer der Faktoren, der schließlich zu einem Strategiewechsel von UNMIK führte: Weg von der lange vertretenen „Standards before Status“-Doktrin, die vor den Verhandlungen über die Statusfrage die Erfüllung bestimmter demokratischer und rechtstaatlicher Kriterien zur Bedingung machte, hin zu einem „Standards parallel to Status“-Konzept, das endlich Bewegung in die festgefahrene Situation brachte. Dadurch gewann der Status-Prozess enorm an Dynamik. Das Jahr 2005 entwickelte sich allmählich zu einem Entscheidungsjahr für das Kosovo, an dessen Ende Verhandlungen über den endgültigen Status aufgenommen werden konnten.

¹ Vgl. UNMIK-Pressemitteilung UNMIK/PR/1142: „SRSG Harri Holkeri's Statement on the Events in Kosovo“, vom 18. März 2004, unter www.unmikonline.org/press/2004/pressr/pr1142.pdf, S. 1.

² Vgl. UN-Dokument S/2004/348: „Report of the Secretary-General on the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo“, vom 30. April 2004, unter <http://ods-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N04/331/80/IMG/N0433180.pdf?OpenElement>, S. 1, Absatz 3.

Die Dissertation „Das Kosovo zwischen Standard und Status – vom bewaffneten Konflikt in die unsichere Demokratie“ zeigt diese Entwicklung auf, beantwortet essenzielle Fragen im Rahmen einer vorläufigen Bilanz der NATO-Intervention und analysiert Hintergründe und Akteure sowie deren Ziele und Strategien. Im Zentrum des Forschungsvorhabens stehen vor allem die Folgen der Intervention auf die jetzige Lage im Kosovo, die bisherige Konsolidierung der Demokratie sowie die am Neuanfang und Wiederaufbau beteiligten Akteure.

UNMIK – Einsatz in noch nie gekannter Größenordnung

Der externe Hauptakteur ist die von den Vereinten Nationen (UN) installierte Übergangsverwaltung „United Nations Interim Administration Mission in Kosovo“. UNMIK übernahm nach dem Ende der NATO-Luftangriffe gegen die damalige Bundesrepublik Jugoslawien 1999 eine gewaltige Aufgabe. Sie reichte von dem Aufbau einer zivilen Verwaltung, über die Schaffung von Recht, Ordnung und Gesetz bis hin zur Übernahme wichtiger exekutiver Funktionen. So ersetzte die zivile Übergangsverwaltung durch die anfängliche Übernahme aller Regierungskompetenzen vorerst eine eigenständige, regionale Regierung.³ Das UNMIK-Mandat muss daher als ein sehr weitreichendes Mandat gesehen werden, das weit über eine reine Friedenssicherung hinausgeht.

Seine Ausübung wird durch die Sicherheitspräsenz der von der NATO geführten Kosovo Force (KFOR)-Truppen garantiert. Zu den dringendsten Aufgaben der KFOR nach dem Einmarsch gehörten die Überwachung des serbischen Truppenabzuges und der Grenzen, die humanitäre Unterstützung und die Stabilisierung der Lage sowie die Entmilitarisierung der UÇK.

³ Der damalige UNMIK-Chef Bernard Kouchner verfügte in seinem ersten Rechtsakt, dass UNMIK, da sie ja nach Absatz 11 b) der UN-Resolution 1244 mit der „Wahrnehmung grundlegender ziviler Verwaltungsaufgaben, wo und solange dies erforderlich ist“ betraut ist, damit „über sämtliche legislative und exekutive Befugnisse einschließlich der Justizverwaltung bezüglich des Kosovo verfügt“, vgl. UNMIK-Verordnung UNMIK/REG/1999/1: „On the authority of the Interim Administration in Kosovo“, vom 25 Juli 1999, unter www.unmikonline.org/regulations/1999/reg01-99.htm, Section 1.1. Die Aufgaben von UNMIK sind im Absatz 11 der Resolution 1244 festgelegt, vgl. die dt. Übersetzung der Resolution 1244, in: Internationale Politik, 55. Jg. (2000), H. 7, S. 79f.

Die Stabilisierung der Lage zählt neben dem Schutz der im Kosovo tätigen Organisationen und der dort lebenden Minderheiten auch heute noch zu den Schwerpunkten der rund 19.500 Mann zählenden KFOR-Truppen⁴ aus mehr als 30 Nationen.⁵

Unterstützung bekommt UNMIK auch von anderen internationalen Organisationen. So ist die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) verantwortlich für die Demokratisierung und den Aufbau von Institutionen im Kosovo. Die Europäische Union (EU) hat den wirtschaftlichen Aufbau in der Provinz übernommen.⁶ Die Zusammenarbeit verschiedener internationaler Akteure unter Federführung der UN im Kosovo ist kennzeichnend für einen Einsatz in noch nie gekannter Größenordnung.

Das Kosovo zwischen UN-Protectorat und serbischem Anspruch

De facto ist das Kosovo nach der UN-Resolution 1244⁷ vom 10. Juni 1999 ein UN-Protectorat. Es steht aber gleichzeitig formell nach wie vor unter der Oberhoheit der Bundesrepublik Jugoslawien bzw. der späteren Union Serbien und Montenegro. Demnach wurde die schwierige völkerrechtliche Status-Frage als eigentliche Konfliktursache mit der Resolution 1244 nicht endgültig gelöst. Denn den Kosovo-Albanern wurden zwar eine substantielle Autonomie und vorläufige Selbstverwaltungsinstitutionen zugebilligt, aber zunächst nur innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien und unter einer internationalen Verwaltung. Ihrem Wunsch nach einem autonomen Staat wurde an dieser Stelle deutlich nicht entsprochen, das Kosovo blieb formell eine Provinz Serbiens. Es wurde zudem nicht exakt definiert, welcher Art die substantielle Autonomie bzw. die Selbstverwaltung sein soll. Ebenso wurde der Zeitraum⁸ der Übergangszeit nicht definitiv festgelegt.

⁴ Die anfängliche Truppenstärke der KFOR von bis zu 50.000 Mann wurde schrittweise reduziert. Im Frühjahr 2004 leisteten noch circa 17.000 Soldaten Dienst im Kosovo. Nach der gewalttätigen Eskalation im März 2004 verlegte die NATO innerhalb von 48 Stunden rund 2500 zusätzliche Soldaten dorthin, vgl. Bundeswehrbericht: „Fünf Jahre KFOR: Ein Überblick“, vom 6. Juli 2004, unter www.bundeswehr.de/forces/grundlagen/einsatz/040615_kfor_haupt.php.

⁵ Vgl. die dt. Übersetzung der Resolution 1244, in: Internationale Politik, 55. Jg. (2000), H. 7, S. 79, Abs. 9.

⁶ Vgl. die Homepage der OSZE-Mission in Kosovo, unter www.osce.org/kosovo u. vgl. die Homepage des European Union Pillar of UNMIK, unter www.euinkosovo.org, beides eingesehen am 30. November 2005.

⁷ Vgl. UN-Dokument S/RES/1244 (1999): „Security Council resolution 1244 (1999) [on the deployment of international civil and security presences in Kosovo]“, vom 10. Juni 1999, unter www.unmikonline.org/misc/N9917289.pdf, S. 1-8 u. vgl. auch die dt. Übersetzung der Resolution, in: Internationale Politik, 55. Jg. (2000), H. 7, S. 78-83.

⁸ In Absatz 19 der Resolution heißt es zwar, dass die internationale zivile Präsenz und die internationale Sicherheitspräsenz zunächst für einen Zeitraum von 12 Monaten einzurichten ist; allerdings mit dem Zusatz, dass der Zeitraum verlängert wird, sofern der UN-Sicherheitsrat es nicht anders beschließt, vgl. ebd., S. 81.

Mit der oben genannten Formulierung wurde jedoch auch nicht Serbiens Forderung nach dem endgültig festgelegten Verbleib des Kosovos bei Serbien und der alleinigen Verantwortung für die Provinz entsprochen.

Die Resolution 1244 ist folglich als ein Kompromiss zu werten, der die notwendigen militärischen und humanitären Maßnahmen treffen will, um die Lage zu stabilisieren sowie eine weitere Eskalation zu verhindern. Dabei zieht sie keine der beiden Konfliktparteien vor und versucht so, eine Ausweitung des Konflikts und erneute Destabilisierung der Balkan-Region zu vermeiden. Durch diese an sich verständliche Haltung wurde jedoch eines der Hauptprobleme des Kosovo – seine ungeklärte Statusfrage – bis heute nicht gelöst, sondern mangels vorhandener Alternativen auf unbestimmte Zeit verschoben.

Viele Probleme, wenig Fortschritte

Zu den weiteren Problemen im Kosovo zählen die nicht erfüllte Multi-Ethnizität, die schleppende Flüchtlingsrückkehr, die schlechte wirtschaftliche Lage, die sich z.B. in der hohen Arbeitslosigkeit manifestiert und die zwar stabile, aber nach wie vor anfällige allgemeine Sicherheitslage. Nur wenige der Minderheitenangehörigen, die nach Kriegsende aus dem Kosovo geflüchtet sind, sind bisher zurückgekehrt. Nach einer UNHCR-Statistik vom 6. April 2005 kehrten seit 1999 insgesamt 12.461 Menschen zurück.⁹ Von den ursprünglich rund 194.000 Kosovo-Serben leben heute noch schätzungsweise rund 130.000 in der Provinz im Süden Serbiens.¹⁰ Exakte Angaben über die aktuellen Zahlen ethnischer Minderheiten in Kosovo sind wegen unvollständiger Registrierung bzw. ständiger Ab- und Zuwanderung derzeit nicht möglich. Die größte Minderheiten-Gruppe stellen die Kosovo-Serben dar. Sie machen nach UNMIK-Schätzungen rund sechs Prozent der insgesamt rund 1,9 Millionen starken Bevölkerung des Kosovo aus.

⁹ Vgl. UNMIK „Fact Sheet“, April 2005, unter www.unmikonline.org/pub/news/fact_sheet.pdf, S. 4.

¹⁰ Vgl. ESI-Report: The Lausanne Principle: Multiethnicity, Territory And The Future Of Kosovo's Serbs, vom 7. Juni 2004, unter www.esiweb.org/docs/showdocument.php?document_ID=53, S. 6. Die Studie der European Stability Initiative beruft sich bei ihrer Erhebung auf die offiziell registrierten Einschulungen im Kosovo und die letzte jugoslawische Volkszählung aus dem Jahre 1991 und korrigierte damit die Zahl der Kosovo-Serben, die normalerweise mit ca. 100.000 angegeben wird, nach oben.

Ebenfalls sechs Prozent entfallen auf die übrigen Minderheiten, überwiegend muslimische Südslawen sowie Roma, Türken und Ashkali.¹¹ Die Kosovo-Albaner stellen 88 Prozent der Bevölkerung.¹²

Die Kosovo-Serben haben sich aufgrund anhaltender ethnischer Übergriffe in Enklaven organisiert. Sie beteiligen sich mehrheitlich nicht an der politischen Entwicklung und haben Parallelstrukturen aufgebaut. Die Bewegungsfreiheit der Minderheiten ist demnach immer noch eingeschränkt. Von dem im internationalen Konzept fest verankerten Prinzip der Multi-Ethnizität ist man weit entfernt. Balkan-Expertin Marie-Janine Calic urteilt darum folgerichtig:

„Der Begriff Multi-Ethnizität weckt falsche, unerfüllbare Erwartungen. Wer ehrlich ist, spricht nach den jüngsten Ereignissen nur noch von serbischer und albanischer Koexistenz.“¹³

Schwierige Status-Frage

Dass Koexistenz im Kosovo eher realisiert werden kann als Multi-Ethnizität, ergibt sich aus der Status-Frage selbst. Die Kosovo-Albaner, die knapp 90 Prozent der Bevölkerung im Kosovo ausmachen, fordern ihre Unabhängigkeit; Belgrad beharrt auf dem Status des Kosovo als serbische Provinz. Damit stehen sich zwei konträre Forderungen gegenüber, die unvereinbar scheinen. Egal wie das Problem angegangen wird, es wird immer für eine Partei der aus ihrer Sicht „worst case“ eintreten. Eine Lösung zu finden, ist auch deshalb so schwierig und langwierig, weil der Problemfall Kosovo nicht losgelöst von den restlichen Balkan-Fragen betrachtet werden kann. So muss für den Fall der Unabhängigkeit die Option in Betracht gezogen werden, dass sich ein autonomes Kosovo an Albanien anschließen könnte.

Ein mögliches Großalbanien und seine nicht absehbaren Folgen auf andere albanische Minderheiten und deren Sezessions-Forderungen auf dem Balkan werden nicht nur von Serbien gefürchtet. Beispielsweise leben zirka 50.000 Albaner in Montenegro, etwa 80.000 Albaner in Südserbien an der kosovarischen Grenze und

¹¹ UNMIK fasst Bosniaken und Goraner unter dem Oberbegriff Südslawen zusammen; in den OSZE-Studien werden die Goraner dagegen von den slawischen Muslimen unterschieden. Auch Roma, Ashkali und Ägypter werden oft als eine Gruppe (RAE) betrachtet, meist als „Zigeuner“, obwohl sie sich selbst als unterschiedliche Gruppierungen betrachten. Die Roma sprechen Romanes, die Ashkali und Ägypter albanisch bzw. serbisch. Zu diesen Begrifflichkeiten vgl.: UNHCR/OSZE-Studie: Ninth Assessment of the Situation of Ethnic Minorities in Kosovo (Period covering September 2001 to April 2002), vom 27. Mai 2002, S. 58 u. vgl. UNHCR/OSZE-Studie: Assessment of the Situation of Ethnic Minorities in Kosovo (Period covering March 2001 through August 2001), vom 28. Juli 2001, S. 42, jeweils unter www.osce.org/kosovo/documents/reports/minorities/.

¹² UNMIK geht dabei von einer Anzahl der Kosovo-Serben von rund 114.000 aus, vgl. UNMIK „Fact Sheet“, Oktober 2002, unter www.kosovo-eicc.org/eng/PDF%20for%20web/Kosovo%20fact%20sheet.pdf, S. 1.

¹³ Calic zit. n. loyal-Interview: „Situation beschönigt“, in: loyal. Magazin für Sicherheitspolitik, Nr. 5 (2004), S. 25.

rund 650.000 in Mazedonien.¹⁴ So wird bei der Betrachtung des Kosovo-Problems immer eine mögliche Destabilisierung der gesamten Balkan-Region im Auge behalten, darum war die Politik des Westens¹⁵ gegenüber dem ehemaligen Jugoslawien und seinen Nachfolgestaaten ursprünglich auf den Erhalt Jugoslawiens und nach dessen Zerfall dann auf den Erhalt der einzelnen Teilrepubliken ausgerichtet.¹⁶ Dieser Aspekt und die Tatsache, dass in der UN-Resolution weder ein genauer Zeitpunkt noch die Art der Selbständigkeit näher festgelegt wurde, spricht dafür, dass der Westen nach wie vor der Position treu bleibt, die er schon während der Jugoslawien-Kriege innehatte. Es soll vor allem eine Veränderung der bestehenden Grenzen vermieden werden, aus Angst vor einer weit reichenden destabilisierenden Wirkung auf den gesamten Balkanraum.

Forschungslage

Die Kosovo-Thematik ist demnach sehr komplex. Um ihr gerecht zu werden, steht eine umfassende Analyse der Interventionsfolgen im Mittelpunkt des Forschungsvorhabens, ohne die vorausgehende Vorgeschichte, welche die Konfliktursachen verdeutlicht, auszuklammern. Denn nur wenn der Kosovo-Konflikt als komplexes Ganzes gesehen wird, lassen sich Handlungsweisen der Akteure, Eskalationsverlauf und die Dimensionen seiner Auswirkungen begreifen.

Die vorliegende Dissertation schließt so eine vorhandene Lücke in der Forschungslandschaft, da sich die Aufsätze, Analysen und Artikel des neueren Forschungsansatzes meist nur mit der Darlegung einzelner Aspekte des Kosovo-Komplexes beschäftigen. Es wird vereinzelt auf die Minderheitenproblematik,¹⁷ die Verfassung¹⁸ und die Selbstverwaltungsinstitutionen¹⁹ eingegangen, wobei es derzeit keine umfassenden aktuellen Analysen über die kosovarische Parteienlandschaft gibt.

¹⁴ Zur „albanischen Frage“ siehe Troebst, Stefan: Groß-Kosovo, in: Reiter, Erich (Hrsg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2001, Hamburg u. a. 2001, S. 375-392.

¹⁵ Länder der Europäischen Union und USA.

¹⁶ Vgl. Reiter, Erich: Überlegungen und Alternativen zum Krisenmanagement in Südosteuropa und speziell im Kosovo, in: Reiter/Selten (Hrsg.): Zur Lösung des Kosovo-Konflikts, Baden-Baden 2003, S. 45ff.

¹⁷ Vgl. Matveeva, Anna/Paes, Wolf-Christian: The Kosovo Serbs: An ethnic minority between collaboration and defiance, co-publication of the Bonn International Center for Conversion (BICC), Friedrich Naumann Foundation and Saferworld, Juni 2003, unter www.bicc.de/publications/other/report_saferworld_II/report_kosovo_serbs.pdf, S. 28.

¹⁸ Vgl. Hajrullahu, Arben/Salamun, Michaela: Der Verfassungsrahmen für die Provisorische Selbstverwaltung in Kosova, in: Südosteuropa, 51. Jg (2002), H. 1-3, S. 122-150.

¹⁹ Vgl. Brand: Marcus: The development of Kosovo institutions and the transition of authority from UNMIK to local self-government?, Januar 2003, unter www.reliefweb.int/library/documents/2003/casin-kos-31jan.pdf.

Hauptthemen sind die UNMIK-Strukturen sowie die Standard-Status-Debatte inklusive diverser Lösungsansätze. Eine Gesamtdarstellung, die eine umfassende Akteursanalyse mit der Konfliktvorgeschichte verbindet, fehlt dagegen.

Gute Überblicke über die Arbeit von UNMIK bieten beispielsweise Dina Rossbacher in ihrem 2004 erschienenen Buch „Friedenssicherung am Beispiel der Interimsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK). Die Zivilverwaltung als neue Form der Friedenssicherung“ und Philipp Zygojannis mit seinem 2003 auf den Markt gekommenen Buch „Die Staatengemeinschaft und das Kosovo. Humanitäre Intervention und internationale Übergangsverwaltung unter Berücksichtigung einer Verpflichtung des Intervenienten zur Nachsorge“. Zygojannis beschäftigt sich ausführlich mit der Rechtsgrundlage der Intervention, Rossbacher auch mit der Mandatsentwicklung. Beide Autoren gehen aber zu wenig auf andere Akteure im Kosovo-Konflikt ein.

Erich Reiter und Reinhard Selten zeigen in dem von ihnen 2003 herausgegebenen Werk „Zur Lösung der Kosovo-Konfliktes. Die Anwendung der Szenariobündelanalyse im Konfliktmanagement“ zwar verschiedene Akteure und mittels der Szenariobündelmethode mögliche Entwicklungen für das Kosovo und die Balkan-Region auf. Aber es fehlen Ursachen und Verlauf des Konflikts als Basis für ein besseres Verständnis des Themas.

Eher wenige Werke versuchen einen umfassenden Überblick über die aktuelle Problematik zu vermitteln, dazu gehören bsp. die SWP-Studie von Marie-Janine Calic „Kosovo 2004. Optionen deutscher und europäischer Politik“, die im Januar 2004 veröffentlicht wurde und das von Helmut Kramer und Vedran Džihic 2005 herausgegebene Buch „Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?“. Die Calic-Studie beschränkt sich auf die aktuelle Entwicklung und vermittelt auch Ansätze einer europäischen Kosovo-Politik. Kramer und Džihic wollen viele Aspekte, die das Kosovo betreffen, anschnitten, darunter auch Themen wie organisierte Kriminalität, wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklung, die Stellung der Frau und die der Medien. Dadurch geraten aber gerade die Akteursanalysen sowie die Vorgeschichte des Konflikts zu kurz.

Ein weiteres Feld in der Forschung, ist die Suche nach Lösungen in der Statutsfrage. Nach den Unruhen im Kosovo im März 2004 entbrannte verstärkt die Debatte, ob die bisher eingeschlagene Kosovo-Politik der internationalen Gemeinschaft versagt habe und geändert werden müsse. Es wurden mehr Stimmen laut, die schnelle und andere Lösungen forderten als die bisherige „Standards vor Status“-Doktrin,

um eine weitere Eskalation zu verhindern. Dies geschah nicht nur im Hinblick auf die immer weiter klaffende Kluft zwischen der real fest eingerichteten ethnischen Trennung und der gewünschten Multi-Ethnizität im Kosovo. Auch die Angst vor erneuten Eskalationen forcierte die Lösungssuche.

In einer groben Einteilung kristallisieren sich zwei konträre Meinungen in Forschung und Öffentlichkeit – ausgenommen Serben und Albaner – heraus, die anhand einiger konkreter Thesen exemplarisch veranschaulicht werden sollen. Die eine sieht in der Beibehaltung der Standard-Doktrin und bestehender Grenzen die einzige Möglichkeit, die Lage nicht noch weiter eskalieren zu lassen und so in ferne Zukunft ein friedliches, multiethnisches Kosovo entstehen zu lassen. Die andere ist für eine schnelle Lösung der Kosovo-Frage, auch abseits der geforderten Standards und zieht dabei mögliche Grenzänderungen und Aufgabe der Multi-Ethnizität in Erwägung. So kritisiert bsp. der Politikwissenschaftler Erich Reiter:

„Die zentrale Unzulänglichkeit der westlichen Politik ist dabei (...) der Umstand, dass mit Grundsatzpositionen (keine Änderung der Grenzen, keine weitere Teilung von Staaten, Festhalten an multiethnischen Staaten) vorgegangen wird anstatt analytisch und pragmatisch.“ (...) „Das Problem der Sicherheitspolitik des Westens liegt in ihrer Grundsätzlichkeit.“²⁰

Durch diese Politik sei der Kosovo-Konflikt erst eskaliert. Ein weiteres Verharren in den bisherigen Linien sei der Realität nicht mehr angepasst. Reiter weist auch auf eine mögliche Teilung des Kosovo als Lösung hin: Er sieht als „möglichst stabile Lösung für das Kosovo grundsätzlich die staatliche Unabhängigkeit (...), um den Interessen der albanischen Mehrheitsbevölkerung zu entsprechen.“²¹ Das mehrheitlich von Serben bewohnte Nordkosovo sollte dabei Serbien zugeschlagen, für die übrigen Enklaven in Süden und Osten zumindest übergangsweise Sicherheitsarrangements getroffen werden. Serbien müsste sich des Weiteren verpflichten, keine Truppen im Nordkosovo zu stationieren, im restlichen „mehrheitlich albanischen Kosovo“ müsste die lokale Selbstverwaltung für die Garantie der kulturellen Rechte der verbleibenden Minderheiten aufgewertet werden.

Die Befürchtung einer potenziellen Destabilisierung des Balkan-Raums durch einen möglichen Zusammenschluss eines unabhängigen Kosovos mit den albanischen Gebieten in Montenegro oder Mazedonien sieht Reiter nicht bestätigt. Die kosovo-albanische Führung könne aus „rationaler und strategischer Sicht (...) kein Interesse

²⁰ Reiter, Erich: Überlegungen und Alternativen zum Krisenmanagement in Südosteuropa und speziell im Kosovo, in: Reiter/Selten (Hrsg.): Zur Lösung des Kosovo-Konfliktes, Baden-Baden 2003, S. 48f.

²¹ Reiter, Erich: Schlussfolgerungen, in: Reiter/Selten (Hrsg.): Zur Lösung des Kosovo-Konfliktes, Baden-Baden 2003, S. 142.

an einer Destabilisierung der slawischen Nachbarländer mit albanischem Bevölkerungsanteil haben (...)“.²²

Auch der Journalist und Südosteuropa-Experte Viktor Meier mahnte den Westen bereits im Jahre 2001, nicht die Augen vor der Realität zu verschließen und das Konzept der Multi-Ethnizität als gescheitert anzuerkennen:

„Der Westen wird nicht darum herumkommen, dem Kosovo früher oder später die Unabhängigkeit oder eine de facto gleichwertige Stellung zu gewähren, da es dazu schlicht keine Alternative gibt. Dazu müsste die westliche Politik jedoch endlich gewisse Realitäten zur Kenntnis nehmen. Denn an eine Rückkehr des Kosovo in den serbischen Staat, gleichgültig in welcher Form, ist nicht zu denken; jeder Versuch in diese Richtung würde unweigerlich zu bewaffneten Auseinandersetzungen führen, und die ganze Geschichte würde von neuem beginnen. (...) Ebenso wenig ist an eine Rückkehr der Serben ins Kosovo und an das Wiedererstehen einer multiethnischen Gemeinschaft zu denken. Es haben sich nun einmal im Kosovo gewisse Dinge ereignet, die eine Rückkehr zu irgendeinem status quo ante schlicht unmöglich machen (...).“²³

Die Kosovo-Expertin Marie-Janine Calic hält dagegen eine Trennung in einen serbischen und albanischen Kosovo für falsch und warnt vor Abspaltungen und überstürzttem Handeln. Dies käme einer „Kapitulation“ gleich, da sich die Staatengemeinschaft damit „dem Druck der Kriminellen und des Mobs auf der Straße beugen und Gewaltanwendung belohnen“ würde.²⁴ Calic betont, dass auch mit der sofortigen Unabhängigkeit die Kernprobleme des Kosovo nicht gelöst werden könnten und die regionale Stabilität auf dem Balkan wieder in Gefahr wäre. Sie befürwortet die Beibehaltung des „Standards vor Status“-Kurses als grundsätzlich richtigen Weg, fordert aber, dass die Formel mehr als „politisches Prinzip statt als operatives Handlungskonzept begriffen werden“ sollte.

Als ein Problem des Standards vor Status-Prinzips sieht die Expertin die Automatismus-Suggestierung in Bezug auf die Unabhängigkeit nach dem Motto, wenn erst diese und jene Forderung erfüllt ist, werde das Kosovo automatisch unabhängig. Vor dem Beginn von Status-Verhandlungen sei jedoch erst die volle Regierungsfähigkeit und Rechtsstaatlichkeit in der Provinz herzustellen, des Weiteren müsse mehr Zeit als bislang vorgesehen für das „Projekt Nationalstaat“ eingeplant werden.

²² Reiter, Erich: Schlussfolgerungen, in: Reiter/Selten (Hrsg.): Zur Lösung des Kosovo-Konfliktes, Baden-Baden 2003, S. 143.

²³ Meier: Jugoslawiens Erben, München 2001, S. 101f.

²⁴ Calic zit. n. loyal-Interview: „Situation beschönigt“, in: loyal. Magazin für Sicherheitspolitik, Nr. 5 (2004), S. 25.

Calic sieht als mittelfristige Lösung ein „Modell, das de facto Unabhängigkeit Kosovos bedeutet, jedoch nicht so heißt.“²⁵

Auch Politikwissenschaftler Andreas Wittkowsky lehnt eine Teilung als falsches Signal ab:

„Eine Teilung würde jedoch bedeuten, erstmals davon abzugehen, nur territorial bereits definierte Teilrepubliken von Bundesstaaten als unabhängig anzuerkennen, und stattdessen Grenzen nach ethnischen Gesichtspunkten neu zu ziehen. Damit ist die Teilungsoption geeignet, die inter-ethnische Balance in ganz Südosteuropa in Frage zu stellen und zumindest den nationalistischen Teilen der Albaner in Makedonien, Montenegro und im übrigen Serbien, aber auch den Serben in Bosnien-Herzegowina und Montenegro das falsche Signal zu geben, nämlich dass das Prinzip der ethnischen Neuordnung in Südosteuropa nun endgültig akzeptiert – und dementsprechend zur Vollendung zu bringen ist.“²⁶

Laut Wittowsky würde eine Teilung an den derzeit vorhandenen Siedlungsgrenzen zudem einen „palästinensischen Flickenteppich“ mit entsprechenden sicherheitspolitischen Gefahren hervorrufen, es sei denn, es käme zu einer Abspaltung der größten Mitrovica-Enklave, in der sich auch die Serben aus den restlichen Kosovo-Enklaven ansiedeln würden.²⁷

Die zunehmende Konzentration der Forschung auf die aktuelle Situation im Kosovo belegt eine Verschiebung der Schwerpunkte hin zu den Folgen der Intervention auf das politische Kräftesystem im Kosovo. In der ersten Folgezeit der NATO-Intervention befasste sich die sozialwissenschaftliche Forschung dagegen hauptsächlich mit den Konfliktursachen, Konfliktentwicklung, -verlauf und -eskalation. Hier lassen sich vor allem zwei Ansätze unterscheiden. Der eine sucht die Ursachen im historischen Kontext, der andere eher im unverantwortlichen Handeln der Politiker. Beispielsweise schreibt Werner Gumpel in seinem Aufsatz „Der Kosovo-Konflikt“: „Der Albanerhass der Serben hat (...) tiefgreifende historische Wurzeln. (...) Zwischen beiden Völkern besteht eine echte ethnische Abneigung (...).“²⁸

Der Balkan-Korrespondent Matthias Rüb vertritt hingegen in seinem Buch „Kosovo. Ursachen und Folgen eines Krieges in Europa“ die These, dass nicht der jahrhundertelange Kampf zweier Kulturen, sondern die gezielte Verschärfung historischer Gegensätze durch das Handeln unverantwortlicher Politiker die Hauptursache für den Kosovo-Konflikt sei.²⁹ In den letzten Jahren wurde zunehmend nicht

²⁵ Calic: Kosovo 2004, SWP-Studie 2004/S 01, Januar 2004, unter www.swpberlin.org/common/get_document.php?id=726, S. 5.f. u. 28f.

²⁶ Wittowsky: Give War a Chance?, in: Internationale Politik und Gesellschaft, H. 4 (2000), S. 351.

²⁷ Vgl. ebd.

²⁸ Gumpel, Werner: Der Kosovo-Konflikt, in: Meyer-Walser (Hrsg.): Die Kosovo-Krise, München 1999, S. 9.

²⁹ Vgl. Rüb: Kosovo, München 1999.

nur das Handeln von Milošević, sondern auch die Haltung der internationalen Akteure, vor allem des Westens, in diesem Konflikt analysiert.³⁰

Ein weiterer Schwerpunkt der Forschung beschäftigte sich mit der ethisch-moralischen und der völkerrechtlichen Dimension des NATO-Einsatzes, die auch auf ein breites Echo in der Öffentlichkeit stieß. Dabei standen sowohl die Auswirkung der NATO-Intervention auf das Völkerrecht sowie auf das künftige Verhältnis von NATO und Vereinten Nationen als auch das Für und Wider humanitärer Interventionen im Mittelpunkt. Nur wenige vertraten dabei bezüglich des ethisch-moralischen Aspekts ein klares Ja oder Nein hinsichtlich der Notwendigkeit und der Rechtmäßigkeit des Einsatzes.³¹

Theorie, Arbeitsaufbau und Methodik

Wie bereits angedeutet, ist das Kosovo mit seinen auf vielfältige Weise miteinander verwobenen politischen, ökonomischen, sozialen, ethnischen und religiösen Konfliktebenen ein sehr komplexes Thema. Nicht umsonst wird es häufig als „Gordischer Knoten“ oder „Pulverfass“ des Balkan bezeichnet.³² Dementsprechend wurde in der vorliegenden Dissertation mit der weiterentwickelten Konstellationsanalyse des Münchner Ansatzes ein theoretischer Rahmen gewählt, der nicht auf eine Analyseebene beschränkt ist, sondern als multiperspektivischer Ansatz gilt. Somit wird nicht nur die Herausarbeitung und Erklärung macht- und interessensbedingter, sondern auch politischer, wirtschaftlicher, kultureller und religiöser Verursachungs- und Einflussfaktoren ermöglicht, die zum Verständnis des Themas unerlässlich sind.

³⁰ Vgl. bsp. Spillmann, Markus: Der Westen und Kosovo. Ein leidvoller Erfahrungsprozess, in: Internationale Politik, 54 Jg. (1999), H. 8, S. 41-49, u. vgl. Reuter Jens: Die Internationale Gemeinschaft und der Krieg in Kosovo, in: Südosteuropa, 47 Jg. (1998), H. 7-8, S. 281-298 u. vgl. Sharp, Jane M.O.: Testfall Kosovo: Die westliche Politik auf dem Prüfstand, in: Internationale Politik, 53. Jg. (1998), H. 6, S. 27-33.

³¹ Zum völkerrechtlichen Aspekt vgl. bsp. Glennon, Michael: Limits of Law, Prerogatives of Power. Interventionism after Kosovo, New York 2001 u. vgl. Heintze, Hans-Joachim: Gibt es ein Recht auf humanitäre Intervention? Das Völkerrecht nach dem Kosovo-Krieg, in: Albrecht, Ulrich/Kalman, Michael/Riedel, Sabine/Schäfer, Paul (Hrsg.): Das Kosovo-Dilemma, Münster 2002, S. 165-182. Zum völkerrechtlich-sicherheitspolitischen Aspekt unter Berücksichtigung der europäischen Komponente vgl. Latawski, Paul/Smith, Martin: The Kosovo crisis and the evolution of post-Cold War European security, Manchester 2003. Zur moralisch-rechtlichen Diskussion vgl. die Beiträge in: Waller, Michael/Drezov, Kyrill / Gökay, Bülent (Hrsg.): Kosovo: The Politics of Delusion, London 2001, Part II, S. 79-142. Speziell mit kirchlichen Stellungnahmen zu diesem Thema beschäftigen sich Buchbender, Ortwin/Arnold, Gerhard (Hrsg.): Kämpfen für die Menschenrechte. Der Kosovo-Konflikt im Spiegel der Friedensethik. Schriften der Akademie der Bundeswehr (Band 25), Baden-Baden 2002.

³² Vgl. Calic, Marie-Janine: Kosovo – Pulverfass auf dem Balkan, in: Meyer-Walser, Reinhard C./Harke, Michael (Hrsg.): Neue Herausforderungen für die Sicherheit Europas. Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 6, München 1999, S. 81-87 und vgl. Clewing, Konrad/Reuter, Jens: Einleitung, in: Clewing, Konrad/Reuter, Jens (Hrsg.): Der Kosovo-Konflikt. Ursachen – Akteure – Verlauf, München 2000, S. 9.

Daneben lässt der Ansatz auch internationale Organisationen als Akteure sowie die Untersuchung des Einflusses von verantwortlichen Politikern und Führungspersonlichkeiten auf die Konfliktentwicklung zu. Auch diese beiden Faktoren sind wesentlich, da die Geschehnisse in der serbischen Provinz eben nicht nur von Staaten beeinflusst und gelenkt werden, sondern gerade im Kosovo mit seinem noch relativ schwach entwickelten Parteiensystem auch einzelne Politiker und Führungskreise eine bedeutende Rolle einnehmen.

Neorealismus und Münchner Ansatz

Der von Gottfried-Karl Kindermann in den 70er Jahren konstituierte Neorealismus³³ der Münchner Schule (im Folgenden kurz Münchner Schule oder Münchner Ansatz genannt) hat zwar entwicklungsgeschichtlich den klassischen Realismus beerbt, wie er von Hans J. Morgenthau³⁴ in die Theorie der internationalen Politik eingeführt wurde. Die Münchner Schule weist aber auch eine grundlegende Neuorientierung auf.

So bestätigt sie etwa Vorhandensein und Bedeutung nichtstaatlicher Akteure auf internationaler Ebene. Als Ziele der Akteure wird nicht automatisch ein generelles Streben nach Macht angesehen, es gelten auch Wertevorstellung, Innen- und Außenpolitik sowie geschichtliche Erfahrung als mögliche Beeinflussungsfaktoren. In der Außenpolitik geht es nicht nur darum, Interessen durchzusetzen, sondern diese auch so gut es geht zu sichern. Interessen werden als stets von Subjektivität bestimmt und als „(...) Ausflüsse von Wahrnehmungen (Perzeptionen)“ bzw. von „(...) Fehlwahrnehmungen und (...) Weltbildern“ definiert.³⁵

Die Komponente Perzeption in die Analyse einzugliedern, gehört zu den nachhaltigsten Modulationen im Gegensatz zum klassischen Realismus. Es wird also nicht von einem „vernünftigen“, von allen Interventionsfaktoren frei gemachten und damit quasi abstrahierten staatlichen Handeln ausgegangen, es wird vielmehr auch Wert gelegt auf einen Vergleich zwischen den anfangs definierten Zielen der Ak-

³³ Als speziell neorealistic Ansätze gelten neben dem synoptischen Realismus der Münchner Schule mit seiner konstellationsanalytischen Methode vor allem der strukturelle Realismus von Kenneth N. Waltz und der politökonomische Realismus von Robert G. Gilpin; alle drei Ansätze sind vergleichend dargestellt in: Siedschlag, Alexander: Neorealismus, Neoliberalismus und postinternationale Politik. Beispiel internationaler Sicherheit – Theoretische Bestandsaufnahme und Evaluation. Opladen (1997), S. 66-155.

³⁴ Vgl. Morgenthau, Hans: Macht und Frieden – Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik, Gütersloh (1963) sowie Derselbe: Politics in the 20th Century, Chicago 1962.

³⁵ Vgl. Siedschlag, Alexander: Einführung – Internationale Politik als skeptische Gegenwartswissenschaft und die Münchner Schule des Neorealismus, in: Siedschlag, Alexander (Hrsg.): Realistische Perspektiven internationaler Politik. Festschrift für Gottfried-Karl Kindermann zum 75. Geburtstag, Opladen 2001, S. 32 u. S. 35.

teure und ihren nötigen Umorientierungen bei den jeweiligen Versuchen, diese Ziele zu erreichen.

Aus oben genannten Ausführungen geht hervor, dass internationale Politik nicht als Nullsummenspiel der Staaten um endliches Machtpotenzial angesehen wird,³⁶ sondern als „polyzentrisches und dynamisches Interaktionssystem ohne zentrale Entscheidungs- und Vollzugsorgane sowie ohne erzwingbares Rechtssystem.“³⁷ Um dieses polyzentrische Beziehungsgefüge angemessen analysieren zu können, hat die Münchner Schule als anwendbares Verfahren die so genannte Konstellationsanalyse entwickelt. Dabei wird unter einer „Konstellation (...) die konkrete Beschaffenheit eines bi- oder multilateralen Beziehungsgefüges zwischen Aktionseinheiten in einer bestimmten Zeitspanne verstanden.“³⁸

Die Analyse geht folglich von einer bestimmten Kräfteanordnung zu einem bestimmten Zeitpunkt unter dem Aspekt einer speziellen Problemstruktur aus. Deswegen ist zunächst die Darlegung der Vorgeschichte nötig, die zu dieser bestimmten Situation führte. Sodann muss die regionale und zeitliche Eingrenzung der Konstellation sowie die Bildung von Hypothesen zur zentralen Problemstruktur derselben erfolgen. Daraufhin müssen relevante Aktionseinheiten, die an der Entstehung dieser Situation beteiligt waren, klassifiziert und unter der Einbeziehung bestimmter Kategorien mit entsprechend unterschiedlichen Methoden analysiert werden.³⁹

Zu den „Aktionseinheiten“ gehören nicht nur Staaten oder deren Zusammenschlüsse, sondern auch Akteure der systemischen Ebene, wie internationale Organisationen, oder der subnationalen Ebene, wie einzelne Führungspersönlichkeiten, welche auf oben genanntes Interaktionssystem Einfluss nehmen.

Die Analyse beschränkt sich demnach nicht nur auf eine Analyseebene:

„Der Münchner Ansatz geht davon aus, dass das Verhalten eines Staates A gegenüber einem Staat B weder ausschließlich durch Akteursmerkmale (Charakteristika der verantwortlichen außenpolitischen Entscheidungsträger von A), noch lediglich durch Merkmale des Aktionssystems (verhaltenssteuernde Besonderheiten des politischen Systems von A), oder exklusiv durch systemisch-strukturelle Merkmale (machtpolitische Positionierung von A vis-à-vis B) erschöpfend erklärt werden kann.“⁴⁰

³⁶ Vgl. Siedschlag: Einführung, in: Siedschlag (Hrsg.): Realistische Perspektiven internationaler Politik, Opladen 2001, S. 32.

³⁷ Kindermann, Gottfried-Karl: Zum Selbstverständnis des neorealistischen Ansatzes, in: Ders. (Hrsg.): Grundelemente der Weltpolitik, 3. erw. Neuaufl., München 1986, S. 33.

³⁸ Meier-Walser, Reinhard: Neorealismus ist mehr als Waltz. Der Synoptische Realismus des Münchner Ansatzes, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 1. Jg. (1994), H. 1, S. 118.

³⁹ Vgl. Kindermann (Hrsg.): Grundelemente der Weltpolitik, München 1986, S. 22-82.

⁴⁰ Meier-Walser: Neorealismus ist mehr als Waltz, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1 (1994), S. 116f.

Abgeschlossen wird die Analyse durch die so genannte Synopse, also durch eine Zusammenschau der diversen, auf jeweils verschiedenen Analyseebenen gelagerten Faktoren zu einem zusammenfassenden Erklärungsbild. Der Ansatz wird deshalb im Gegensatz zu anderen Varianten des Realismus auch als „synoptischer Realismus“ bezeichnet.⁴¹ Das Ziel dabei ist, gerade durch die „Zusammenschau“ aller Faktoren die jeweilige Konstellation zu erfassen und Wirkungszusammenhänge der Interaktionen zwischen den einzelnen Akteuren zu erklären.

Nach der in vierter Generation weiterentwickelten⁴² Konstellationsanalyse, die in der vorliegenden Dissertation als theoretischer Rahmen gewählt wurde, sollen in der Synopse darüber hinaus auch Prognosen für mögliche Entwicklungen abgegeben bzw. technische Kritik an politischen Entscheidungen geübt und eventuelle Alternativen aufgezeigt werden.⁴³

Die weiterentwickelte Konstellationsanalyse

Der weiterentwickelte Münchner Ansatz bildet die Konstellationsanalyse auf Grundlage der folgenden acht Kategorien, zuzüglich Synopse.

1.) Problemstruktur und Pfadabhängigkeit

Die obligate Ausgangsbasis jeder Konstellationsanalyse ist die Darlegung einer konkreten politischen Vorgeschichte sowie eines historisch strukturierten Problemkontextes. Die Problemstruktur soll sich dabei nicht nur auf einen bestimmten Zeitpunkt beziehen, sondern ist basierend auf Konzepten des Institutionalismus wie Pfadabhängigkeit, Diskontinuität und Mehrfachverursachung als ganzer Prozess darzustellen.

Die Pfadabhängigkeit bezeichnet vor allem die Determiniertheit gegenwärtiger Entscheidungen durch bereits getroffene. Es wird also davon ausgegangen, dass Politik keine rational bedingte „Wahlhandlung“ ist, sondern in einem bereits geprägten Kontext stattfindet, sei er sozial, kulturell oder historisch bedingt.

⁴¹ Vgl. Meier-Walser: Neorealismus ist mehr als Waltz, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1 (1994), S. 116-118.

⁴² Zur Weiterentwicklung des Münchner Neorealismus und der Konstellationsanalyse vgl. Siedschlag: Einführung, in: Siedschlag (Hrsg.): Realistische Perspektiven internationaler Politik, Opladen 2001, S. 37ff. Zur ursprünglichen Fassung der Konstellationsanalyse vgl. Kindermann: Grundelemente der Weltpolitik, München 1986, S. 106-144 u. vgl. Keller, Bernhard: Realismus und Konstellationsanalyse in der Lehre zu Krisen und Konflikten – Ein Arbeitsbericht, in: Siedschlag (Hrsg.): Realistische Perspektiven internationaler Politik, Opladen 2001, S. 231f.

⁴³ Vgl. Siedschlag: Einführung, in: Siedschlag (Hrsg.): Realistische Perspektiven internationaler Politik, Opladen 2001, S. 39.

Andererseits wird auf politische Entscheidungen auch durch die Reaktion auf aktuelle Tendenzen bzw. durch das singuläre Handeln bestimmter Regierungen oder Entscheidungsträger eingewirkt. Somit nimmt der Münchner Ansatz eine gewisse Diskontinuität beim politischen Handeln sowie ein „Prinzip der komplexen Mehrfachverursachung“ an. Probleme werden erst durch das Aufeinandertreffen verschiedener Komponenten generiert, weil sie eben nicht nur von aktuellen Problemen, sondern zum Beispiel auch von historischen Leitlinien determiniert werden. Auf der oben beschriebenen Basis werden für die Konstellationsanalyse dann verschiedene Untersuchungshypothesen definiert, die beim Durchlaufen der jeweiligen Analyseebenen entweder bestätigt, vervollständigt oder für haltlos befunden werden.⁴⁴

2.) System und Strukturierung

Hier werden die für die Konstellation wichtigen „Bezugssysteme“ sowie die Strukturierung ihrer gegenseitigen Beeinflussung herausgestellt. Bezugssysteme sind nach dem Münchner Ansatz

„(...) das internationale System als solches, das jeweilige Regionalsystem, möglicherweise auch internationale Organisationen und andere Kooperationsformen, Nichtregierungsorganisationen und vor allem die beteiligten Staaten.“⁴⁵

Die Staaten müssen dabei nicht als einheitliche Handlungsträger behandelt werden, sondern können auch nach Interessen und Aktionen einzelner Führungspersonlichkeiten bzw. –zentren wie Ministerien und Parteien weiter analysiert werden. Der Ansatz geht von einer Determinierung der Außenpolitik durch innenpolitische Faktoren aus, die somit politische Inhalte und Entscheidungen maßgeblich bedingen; daneben gelten geographische Lage, Wirtschaftskraft und kulturelle Faktoren als „Kodeterminanten, die als teilweise nicht steuerbare Begrenzungsnormen politischen Handelns“ fungieren.⁴⁶

⁴⁴ Vgl. Siedschlag: Einführung, in: Siedschlag, Alexander (Hrsg.): Realistische Perspektiven internationaler Politik, Opladen 2001, S. 43f.

⁴⁵ Ebd., S. 44.

⁴⁶ Vgl. ebd.

3.) Spannungsverhältnis zwischen Normexistenz und Normgeltung

An dieser Stelle sollen die für die Konstellation relevanten Normen analysiert werden. Dabei geht es nicht nur um die rechtlichen Normen, sondern auch um ideologische Normen und welcher politische Einfluss diesen zuzuschreiben ist. Der Münchner Ansatz erkennt die Relevanz von Normen auf internationaler politischer Ebene zwar an, weist ihnen aber nur eine „relative Wirkungsmächtigkeit“ zu.

Internationale Normen können demnach nur dann effektiv sein, wenn ihnen die davon betroffenen Akteure selbst dazu verhelfen. Effektivität hängt dabei immer davon ab, inwieweit Normen interessensabhängig ausgelegt werden. Damit werden internationale Verträge nicht als konstant verpflichtend angesehen, sondern verfügen über einen „variablen Intensitätsgrad“, abhängig von den jeweiligen Interessen der Unterzeichner.⁴⁷

4.) Interesse und Interdependenz

Die Analyse differenziert zwischen „Primärinteressen“ und sich daraus ergebenden „Folgeinteressen“. Die Interessen sollen an diesem Punkt nicht nur benannt, sondern auch ihre Zusammenhänge verdeutlicht werden. Interessen sind dabei subjektive und daneben auch empirische Größen. Staatsinteresse ist das, was von den Politikern dazu erklärt und zur außenpolitischen Basis gemacht wird – dies beinhaltet auch Fehleinschätzungen und eine perceptionsbedingte Verzerrung der politischen Realität.

Im Unterschied zum klassischen Realismus oder zum strukturellen Realismus nach Waltz, sieht die Münchner Schule außerdem „nationale Interessen von vornherein durch wechselseitige internationale Abhängigkeiten mitgeprägt“. Nationales Interesse dient auch dazu, außen- und sicherheitspolitische Orientierungswerte eines Landes für den Vergleich zu anderen Staaten zu ermitteln. So können einerseits die jeweiligen potenziellen Ziele der einzelnen Akteure ermittelt werden, andererseits zeigt der Vergleich, inwieweit diese angesichts der von den anderen Akteuren anvisierten Ziele überhaupt praktisch durchführbar wären.

In diesem Punkt wird also nur das politische Wollen ermittelt. Ob die Akteure auch die Mittel haben, ihre Interessen durchzusetzen, wird in Punkt sieben bei der Macht- und Strategieanalyse erforscht. Können Akteure ihren politischen Willen in die Tat umsetzen und wenn ja – wie?⁴⁸

⁴⁷ Vgl. Siedschlag: Einführung, in: Siedschlag (Hrsg.): Realistische Perspektiven internationaler Politik, Opladen 2001, S. 46.

⁴⁸ Vgl. ebd., S. 46ff.

5.) Perzeption und Kommunikation

Unter Perzeption wird die subjektive Wahrnehmung der jeweiligen Akteure verstanden: Wie beurteilen sie die Interessen und Entscheidungen anderer, wie politische Ereignisse und Informationen angesichts ihrer Auffassung der eigenen Lage und Rolle? Durch den Interessensbezug bietet es sich an, die Stufen vier und fünf ergänzend zu einander durchzuführen.

Für den Münchner Ansatz sind demnach nicht nur die reale internationale Machtverteilung und reale politische Probleme wichtig, sondern auch die von den Akteuren empfundene Wirklichkeit, von deren Konstrukten sie ihre Beurteilung der Situation und ihrer Interessen und letztlich auch ihre Entscheidungen abhängig machen. Hier kommt eine der Grundhypothesen der Münchner Schule zum Tragen:

„(...) dass internationale Prozesse bzw. das ihnen zugrunde liegende Akteursverhalten nicht als Anpassungsvorgänge an strukturelle ‚objektive‘ weltpolitische Tendenzen hinlänglich zu erklären sind, sondern stets maßgeblich auf perzeptionsabhängigen und daher selektiven Wirklichkeitsdefinitionen beruhen.“⁴⁹

Der Ansatz konzentriert sich daher auf die verschiedenen subjektiven Interessensansätze der jeweiligen Akteure.

6.) Entscheidung zwischen Willensbildung und Korrektur

Grundlegend für diese Analyse ist es, bei Entscheidungen nicht von einem punktuellen Ereignis, sondern von einem ganzen Entscheidungs-Prozess auszugehen. Es soll verdeutlicht werden, wie es genau zu dieser Entscheidung kam und was sie für Konsequenzen haben könnte bzw. hatte. Dafür wurde eine Checkliste mit „W-Fragen“ entwickelt, die hier verkürzt wiedergegeben werden soll: Wer entscheidet und handelt gegenüber wem? Wer definiert die Situation? Welche Handlungsalternativen wurden entwickelt? Warum wurden welche Entscheidungsalternativen den anderen vorgezogen? Welche Unterstützung gewann die Entscheidung bzw. auf welche Widerstände stieß sie? Welche Folgen der Entscheidung wurden erwartet? Welche Folgen hatte die Entscheidung tatsächlich?⁵⁰

⁴⁹ Siedschlag: Einführung, in: Siedschlag (Hrsg.): Realistische Perspektiven internationaler Politik, Opladen 2001, S. 49f.

⁵⁰ Vgl. ebd., S. 50ff.

7.) Implementierung und Strategie

Auf dieser Stufe ist zu evaluieren, mit welchen Mitteln potenzielle politische Ziele verwirklicht werden sollen. Es geht also um die Entscheidungsdurchsetzung. Dabei soll auch dargelegt werden, inwiefern internationale Institutionen auf die Strategiewahl der Staaten einwirken.

Bei der ebenfalls postulierten Machtanalyse ist es wichtig, die wirkliche von der potenziellen Macht eines Akteurs zu unterscheiden, also zwischen „(...) den Machtressourcen und demjenigen Ausmaß an Machthandeln, das ein Akteur in einer konkreten Situation um die Erreichung seiner Interessen willen auszuüben gewillt und in der Lage ist.“⁵¹

8.) Kooperation und Konflikt

Bei der achten Analysestufe sollen die Folgen von Entscheidungen kritisch geprüft werden. Dabei wird ihr Wirkungskreis über den konkreten Sachverhalt hinaus hinterfragt, also welches Konfliktpotenzial bzw. welche tatsächlichen Konfliktprozesse ergeben sich oder können sich ergeben aus den jeweils verfügbaren und angewandten Strategien der Akteure? Es muss die Frage gestellt werden nach den Voraussetzungen und Eskalationsmechanismen von Konfliktprozessen. Konflikte setzen zwar bestimmte Differenzen voraus, aber es bedarf konkreter Konditionen, um diese quasi zu aktivieren.

Der Neorealismus geht jedoch nicht nur von Konflikten, sondern auch von dauerhafter Kooperation im internationalen System aus. Auf dieser Stufe sollen darum auch die strukturellen Voraussetzungen von Kooperation untersucht werden. Aus welchen Gründen suchen Akteure Kooperationen?⁵²

⁵¹ Vgl. Siedschlag: Einführung, in: Siedschlag (Hrsg.): Realistische Perspektiven internationaler Politik, Opladen 2001, S. 54.

⁵² Vgl. ebd., S. 55ff.

9.) Synopse

Die Synopse bildet, wie schon gesagt, den Abschluss der Analyse. In ihr werden die verschiedenen Einzelanalysen zu einem Gesamtbild integriert, dabei sollen die unterschiedlichen Perzeptionen der Akteure mitsamt ihren entscheidungskonditionierenden Weltbildern und Moralvorstellungen verdeutlicht werden. Es wird auch ein Überblick gegeben, auf welcher Analysestufe sich die am Anfang der Analyse definierten Untersuchungshypothesen bestätigt haben, vervollständigt oder für haltlos befunden wurden.

Daneben müssen Interaktionen und Rückkopplungsprozesse zwischen den verschiedenen Kausalebenen erläutert und gewichtet werden. Wie beeinflussten bsp. Entscheidungen der UNO außenpolitische Strategien oder Mittelwahl anderer Akteure?

Darüber hinaus gilt es, die bei der untersuchten Konstellation gewonnenen Ergebnisse zu verallgemeinern oder zumindest zu abstrahieren. Inwiefern kann man bei der vorliegenden Konstellation zum Beispiel von „permanenten Analogien“ oder „allgemeinen Charakteristika der Staatenwelt“ ausgehen? Oder handelt es sich mehr um epochen- oder regionenspezifische Faktoren? Konnten individuelle, nicht wiederholbare Elemente wie das Handeln und die Entscheidungen einzelner Führungspersonlichkeiten die Konstellation mitprägen? Abschließend sollen mögliche Entwicklungslinien für die Konstellation aufgezeigt werden.⁵³

Zusammenfassend liefert die Konstellationsanalyse einen Bezugsrahmen für die internationale Politik, mit dem nicht nur neorealistic Hypothesen, sondern auch Konzepte aus anderen Theoriefeldern wie Konfliktforschung „(...) auf Probleme und Konfliktpotenziale in den Beziehungen zwischen Staaten (unter Mitberücksichtigung nichtstaatlicher internationaler Akteure) bezogen werden können.“⁵⁴

Dabei geht es im Gegensatz zum Neorealismus Waltz'scher und Gilpin'scher Prägung nicht um die Entwicklung einer generellen Theorie. Ebenso wenig wird nicht von vornherein einer spezifischen Methode der Vorzug gegeben, wie etwa „Verstehen“ beim klassischen Realismus, „Strukturalismus“ bei Waltz oder „rationale Wahl“ bei Gilpin⁵⁵. Demnach ist der Münchner Ansatz ein multiperspektivischer, multimethodischer und integrativer Ansatz, der die Vielschichtigkeit der in der Vorgeschichte evaluierten Problemstruktur herausarbeiten will.

⁵³ Vgl. Siedschlag: Einführung, in: Siedschlag (Hrsg.): Realistische Perspektiven internationaler Politik, Opladen 2001, S. 58f.

⁵⁴ Ebd., S. 39.

⁵⁵ Vgl. Siedschlag: Neorealismus, Neoliberalismus und postinternationale Politik, Opladen 1997, S. 72.

Auf dem inzwischen erreichten Entwicklungsstand der Konstellationsanalyse besteht allerdings auch die Möglichkeit, die Konstellationsanalyse als Ganzes fast im Sinn einer eigenen Methode einzusetzen.⁵⁶ Diese Möglichkeit soll bei dieser Dissertation angewandt werden, um die aktuelle Konstellation „Kosovo nach der NATO-Intervention“ mit den zugehörigen Akteuren, ihren Strategien und Perzeptionen, dem Verhältnis ihrer Ziele und Mittel sowie zueinander hinreichend zu verdeutlichen. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt also auf der aktuellen Entwicklung, daher sollen neben aktuellen Themen wie der Demokratie-Konsolidierung in der serbischen Provinz auch Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt und dabei bsp. die möglichen Status-Varianten durchgespielt, eventuell favorisiert bzw. verworfen werden.

⁵⁶ Dies teilte Alexander Siedschlag der Verfasserin in einem persönlichen Gespräch im November 2003 mit.